

Kurzmeldungen Dezember 2010

Asse: Arbeitsgruppe prüft Krebsfälle

Ein Zusammenhang zwischen den eingelagerten radioaktiven Abfällen im maroden Atommülllager Asse und Krebsfällen in der Umgebung ist noch nicht bewiesen.

Nach Angaben des Niedersächsischen Sozialministeriums liegt bei Männern die Zahl der Neuerkrankungen im Untersuchungszeitraum bei 12 (statistisch erwartbar wären 5,2). Die Erkrankungsrate für Schilddrüsenkrebs bei Frauen hat sich laut der Untersuchung des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen (EKN) sogar verdreifacht. Die Erkrankungshäufigkeit für Leukämien bei Frauen ist ebenfalls erhöht.

Quelle: ndr.de, 26.11.10

BVerfG zum Gentechnikgesetz

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, daß die Klage des Landes Sachsen-Anhalt gegen das Gentechnikgesetz nicht berechtigt ist. Auf Grund des Einflusses von Gentechnik-Lobbyisten hatte die Landesregierung versucht, die Einsichtnahme in das Standortregister und die Haftungsregelungen bei Nutzungsbeeinträchtigungen durch Gentechnik abzuschaffen.

Quelle: BVerfG-Urteil vom 24.11.10 (1 BvF 2/05)

Streit um EU-Agrarsubventionen

Zwischen Deutschland, Frankreich und Polen ist ein heftiger Streit um die Verteilung der EU-Agrarsubventionen entbrannt. Die polnische Regierung warf den Deutschen und Franzosen zum Auftakt der Verhandlungen über die künftige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik bei einem Treffen der europäischen Agrarminister im Brüsseler Vorort La Hulpe vor, die bisherige Verteilung zementieren zu wollen. Bisher erhalten die neuen Mitgliedstaaten viel weniger Subventionen als die alten EU-Staaten. Die deutsche und französische Regierung hatten sich zuvor klar dagegen ausgesprochen, die EU-Agrarsubventionen von 2014 an nach einem einheitlichen Schlüssel an die Landwirte in der EU zu verteilen.

Großbritannien, die Niederlande und die skandinavischen Staaten wiederum sprachen sich für einen starken Abbau der Direkthilfen aus – unabhängig von deren Verteilung. Die Zahlungen müssten zwar bis 2020 noch nicht vollständig eingestellt werden, sagte der britische Vertreter Jim Paice. Es müsse aber einen klaren Abwärtstrend geben.

Die Europäische Kommission will im November konkrete Vorschläge für die Neuausrichtung des 60-Milliarden-Euro-Agrarbudgets vorlegen.

Quelle: FAZ, 22.9.10

EFSA-Chefin Diana Banati

Die EFSA ist für die Risikobewertung und die Risikokommunikation in der EU zuständig. Die Grünen im Europäische Parlament fordern die Ablösung der Vorsitzenden des Verwaltungsrates der EFSA (European Food Safety Organisation), Frau Diana Banati wegen Befangenheit, da sie gleichzeitig auch eine Führungsposition bei der Lobbyorganisation ILSI (International Life Science Institut) hält.

So vertritt ILSI die Konzerne Monsanto, Syngenta, BASF, Dupont, Coca Cola, Nestlé,

Unilever, Groupe Danone und viele andere. Ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat hat Frau Banati der Öffentlichkeit verschwiegen. Darüber hinaus hat sie ihre Position beim ILSI sehr viel geringer dargestellt, als dies tatsächlich der Fall ist. Sie deklariert sich als Mitglied im Ausschuss der wissenschaftlichen und beratenden Mitglieder.

Quelle: Grüne im EUP, 30.9.10

Genkartoffel-Ernte freigegeben

Die Ernte der Genkartoffel Amflora ist inzwischen zum Großteil von den Behörden freigegeben worden. 120 der gut 138 Tonnen könnten im nächsten Frühjahr als Pflanzkartoffeln verwendet werden. 18 Tonnen müssten vernichtet werden, weil sie von Pflanzkartoffeln stammten, die in den vergangenen Jahren in Schweden lagerten, wo auf einem Feld Pflanzen der nicht kommerziell zugelassenen Nachfolgesorte Amadea entdeckt worden waren. Im August waren in Schweden etwa 40 Amadea-Pflanzen blühend zwischen Amflora-Pflanzen gefunden worden.

Amflora und Amadea sind gentechnisch veränderte Stärkekartoffeln, die Rohstoffe für die Papier- und Klebstoffindustrie liefern sollen. Die EU hatte den kommerziellen Amflora-Anbau im Frühjahr genehmigt.

Quelle: dpa, 8.12.10

Gentechnik im Saatgut

Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des Verbraucherschutz- und Landwirtschaftsministeriums fordert eine schleichende Erhöhung der Toleranz für Gentechnik in Lebens- und Futtermitteln, in Rohstoffen und sogar im Saatgut, da dies nicht vermeidbar sei.

Das Verursacherprinzip (polluter pays) als Alternative zu diesem Konzept kommt in dem gesamten Gutachten weder als Begriff noch als Konzept vor. Auch das Verbot von Genveränderten Organismen wird nicht diskutiert.

Der Beirat ist für die Beibehaltung der Haftungsfreistellung von „Kettenschäden“, also etwa erforderliche Rückrufaktionen in den Supermarktregalen. Dafür solle künftig ein „Fonds“ aufkommen, in den neben den Herstellern aus unerfindlichen Gründen v.a. die öffentliche Hand einzahlen soll.

Auch im Saatgut sollten entgegen der bisherigen Regelung der Saatgutreinheit in der EU bis zu 0,3% GVOs akzeptiert und nicht mehr gekennzeichnet werden.

Quelle: taz, 22.6.10

Brokkoli-Patent

Das Europäische Patentamt (EPA) hat das so genannte „Brokkoli-Patent“ nicht als technische Erfindung anerkannt. Die Entscheidung des Amtes richtet sich bislang aber nur gegen Patente auf Verfahren zur Zucht, nicht aber gegen die direkte Patentierung von Tieren und Pflanzen.

Patente auf Pflanzen und Tiere führen zu neuen Abhängigkeiten für Landwirte und Verbraucher. Patente blockieren Fortschritte in der Züchtung und ermöglichen multinationalen Konzernen die globale Kontrolle über die Nahrungsmittelerzeugung. Ein eindeutiges gesetzliches Verbot der Patentierung von Pflanzen und Tieren, von Züchtungsverfahren, Züchtungsmaterial und von Lebensmitteln, die aus Tieren und Pflanzen gewonnen werden, kann nur durch eine Änderung der europäischen

Patentgesetze erreicht werden.
Quelle: Greenpeace, dpa 10. 12.10

Gefährder-Strafrecht

Hochgradig gewaltbereite "Gefährder", die bereit wären, terroristische Aktionen zu unternehmen sollten nach dem CSU-Politiker Geis inhaftiert werden. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU) will den Einsatz von Spionage-Software erlauben. Unionsfraktionsvize Günter Krings forderte FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) auf, nicht nur die Vorratsdatenspeicherung, sondern auch die Visa-Warndatei auf den Weg zu bringen. "Wir müssen sehr schnell zu einer gesetzgeberischen Lösung kommen", sagte Hamburgs Innensenator Heino Vahldieck (CDU). Unionsfraktionschef Volker Kauder hatte sich ebenfalls für die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen.

Die verdachtslose Speicherung von Telefondaten auf Vorrat hat das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt und verboten.

Nach dem Fund einer vermeintlichen Kofferbombe ist in Namibia hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vor einem möglicherweise bevorstehenden Terroranschlag in Deutschland orakelt und die Sicherheitsdebatte angeheizt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière mußte dann später zugeben, daß es sich bei dem Gepäckstück um eine ungefährliche Attrappe, einem sogenannten „Realtestkoffer“ eines US-amerikanischen Herstellers gehandelt habe. Sprengstoff habe er nicht enthalten.

Quelle: AFP, n-tv, dw-world 20.11.10, dpa 24.11.10

80 Prozent der Weltbevölkerung lebt an bedrohten Gewässern

Charles Vörösmarty vom City College der University of New York hat gemeinsam mit dem Zoologen Peter McIntyre von der University of Wisconsin-Madison ein systematisches Rahmenwerk erarbeitet, das sich mit der Bemessung der Stressfaktoren der Fließgewässer beschäftigt.

"Viele Stressfaktoren bedrohen die Flüsse, die 80 Prozent der Menschen - das sind immerhin fünf Milliarden - mit Wasser versorgen", so Vörösmarty. "Wir können die Wasserversorgungssicherheit und die Bedrohung der Artenvielfalt nicht länger getrennt voneinander betrachten", erklärt der Forscher. "Es sind nämlich die gleichen Stressfaktoren, die auch die Natur schädigen und die Artenvielfalt in 65 Prozent der weltweiten Flussgebiete unter Druck bringen."

"Reiche Länder werfen für die oberflächliche Abwasserreinigung Milliarden Dollar hinaus. Ärmere Länder können sich das nicht leisten", so Vörösmarty. Lösungen, die weniger kostspielig sind, gebe es bereits. "Dazu gehört etwa die Renaturierung von Ökosystemen", so der Experte. Wer Flussbecken schützt, spare sich viel bei der Trinkwasseraufbereitung, wer Schwemmgebiete schützt, Sorge für einen wirksamen Hochwasserschutz.

"Zu den größten Stressverursachern zählen neben der Umweltverschmutzung auch Dämme, Reservoirs, Landwirtschaft, Trockenlegung von Feuchtgebieten sowie die Einbringung fremder Tiere und Pflanzen", erklärt McIntyre. Flüsse sind dort am saubersten, wo die Bevölkerungsdichte am geringsten ist. Das gelte etwa für Fließgewässer in den arktischen Regionen oder in unzugänglichen tropischen Gebieten, kommen die Forscher zum Schluss.

Quelle: sonnenseite.com 31.10.10

Raucher sollen Ökosteuer-Verluste ausgleichen

Da die Regierung der Industrie bei der Ökosteuer eine weitere Schonfrist einräumen will, sollen die Raucher zur Kasse gebeten werden. Das Bundesfinanzministerium konkretisierte nun die gestern Abend von Minister Wolfgang Schäuble und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle vorgestellten Pläne zur Entlastung energieintensiver Unternehmen.

Bis 2015 soll die Tabaksteuer in jedem Jahr angehoben werden, um die Finanzlücke nicht allzu groß werden zu lassen: Zwischen vier und acht Cent mehr pro Schachtel müssen Raucher dann zahlen, wie das Bundesfinanzministerium mitteilte. Insgesamt könnte eine Schachtel Zigaretten 40 Cent teurer werden. Dadurch belastet wären vor allem Raucher, die mittlere und kleine Einkommen beziehen. Schon seit längerem ist zudem geplant, dass in den Regelsätzen für Hartz-IV-Empfänger Ausgaben für Tabak nicht mehr berücksichtigt werden sollen.

Die Mehreinnahmen für den Bund sollen von 200 Millionen Euro im nächsten Jahr auf etwa eine Milliarde Euro im Jahr 2015 steigen. Dennoch wird diese Summe nicht reichen, um die Finanzlücke auszugleichen. Im kommenden Jahr klafft im Finanzplan des Bundes ein Loch von 350 Millionen Euro. Auch für die Jahre 2012 bis 2014 ergäben sich Lücken, hieß es aus Schäubles Ministerium. Die Wirtschaft hatte wochenlang gegen die Einbeziehung der energieintensiven Unternehmen in die Ökosteuer protestiert.
Quelle tagesschau.de 25.10.10